# Die Initiative Lieferkettengesetz

Brot für die Welt ist Teil der Initiative Lieferkettengesetz, die von über 70 kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen, Gewerkschaften und Umweltverbänden unterstützt wird. Gemeinsam treten wir ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung nicht ausreichend nach. Daher fordern wir ein Lieferkettengesetz! Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen.

### Jetzt für die Kampagne aktiv werden!

Fordern Sie mit uns gemeinsam ein Lieferkettengesetz und geben Sie Ihre Stimme für unsere Petition unter: www.brot-fuer-die-welt.de/petition-lieferkettengesetz. Überzeugen Sie auch andere, warum wir ein Lieferkettengesetz brauchen. Auf unserer Mitmachseite finden Sie Hintergrundinformationen und Anregungen für kreative Aktionen auf der Straße, in Ihrer Gemeinde oder in Sozialen Medien: www.brot-fuer-die-welt.de/mitmachen-lieferkette

Gegen Gewinne
ohne Gewissen
hilft nur ein
gesetzlicher Rahmen

Mehr erfahren und mitmachen auf

www.brot-fuer-die-welt.de/ petition-lieferkette







Warum wir jetzt ein Lieferkettengesetz brauchen



#### Herausgeber

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Brot für die Welt Klaus Seitz (V.i.S.d.P.) Fotos Christoph Püschner, Karin Desmarowitz, Kevin Sutherland Gestaltung Katrin Schierloh Druck die Umwelt Druckerei, November 2019

# Für die Gewinne deutscher Unternehmen zahlen viele: 34 Minenarbeiter wurden 2012 bei einem Streik in Südafrika erschoss doch BASF macht mit dem Betreik

einem Streik in Südafrika erschossen doch BASF macht mit dem Betreiber der Platinmine weiterhin gute Geschäfte, ohne dass sich die Bedingungen vor Ort wesentlich verbessert haben. Durch einen Dammbruch in Brasilien starben Anfang 2019 mehr als 250 Menschen, obwohl ein Tochterunternehmen des TÜV Sijd den Damm bei einer Eisenerzmine noch kurz zuvor als sicher zertifiziert hatte. Der mangelhafte Brandschutz in einer KiK-Zulieferfabrik in Pakistan führte 2012 zum Tod von 258 Menschen. Überall auf der Welt leiden Mensch und Natur unter gewissenlosen Geschäften von Unternehmen.





# Warum nur ein Lieferkettengesetz liefert:

Nur mit einem gesetzlichen Rahmen schaffen wir die Voraussetzungen für wirksamen Umweltschutz und die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen.

Wer Schäden anrichtet, muss Verantwortung übernehmen! Deutsche Unternehmen profitieren von den wirtschaftlichen Vorteilen eines globalen Marktes. Dabei lassen sie den Schutz von Mensch und Umwelt häufig außer Acht. Denn: Sie müssen keine Konsequenzen fürchten für Schäden, die in ihrem globalen Geschäft entstehen. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Verstöße deutscher Unternehmen gegen Menschenrechte und Umweltstandards rechtliche Konsequenzen haben. Unternehmen sollen für Schäden haften.

Kein Vorteil für verantwortungslose Unternehmen! Bislang wird rücksichtsloses Handeln finanziell belohnt. Vorbildliche Unternehmen engagieren sich schon jetzt verstärkt für die Achtung der Menschenrechte und den Umweltschutz. Diese Unternehmen dürfen nicht länger gegenüber verantwortungsloser Konkurrenz benachteiligt werden. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass alle Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards achten.

### Verantwortung nicht auf Verbaucherinnen und Verbraucher abwälzen!

Die meisten Menschen wollen keine Produkte kaufen, in denen Kinderarbeit oder zerstörte Regenwälder stecken. Verbaucherinnen und Verbraucher dürfen nicht länger vor die falsche Wahl gestellt werden, denn Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Dafür braucht es einen gesetzlichen Rahmen, der alle Unternehmen auf den Schutz von Mensch und Umwelt verpflichtet!

Betroffene von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Gerichten in Deutschland! Angehörige von Todesopfern müssen oft nicht nur den Verlust verkraften, sondern stehen auch noch mittellos da. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Betroffene auch vor deutschen Gerichten Entschädigung einklagen können, wenn ein Unternehmen seinen menschenrechtlichen Pflichten nicht nachgekommen ist.

Freiwillig ändern Unternehmen zu wenig! Im Textil-, Kakao- oder Kohlesektor schließen sich Unternehmen in freiwilligen Bündnissen zusammen, um Produktionsstandards zu verbessern. Das ist gut, doch oft zu wenig ambitioniert. Vor allem gibt es Geschädigten keine Handhabe. Erst ein Gesetz kann Geschäftspraktiken wirklich positiv verändern.

Die Lösung? Ein Lieferkettengesetz! Andere europäische Länder haben bereits entsprechende Gesetze verabschiedet, etwa zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit in Lieferketten. Das braucht es auch in Deutschland. Verantwortlich wirtschaftende Unternehmen haben durch ein solches Gesetz nichts zu befürchten. Es sollen nur die Unternehmen haften, die nicht genug getan haben, um Schäden an Mensch und Umwelt zu verhindern. Das ist eine faire Regelung.